Organ der Zentrumspartei für den Saargau

Bezugspreis: Durch unsere Agenten 4.60 Frs. Mit der Post bezogen 4.50 Frs. Zeitungsgebühr: Die Gespaltene mm. Zeile, 40 mm. breit 0.25 Frs. für Deutschland 0.05 Frs., umgerechnet zum Tageskurs, Ausland 0.30 Frs. Die 90 mm breite Reklamezeile 0.60 Frs.

Nr. 92. Saarlouis, Samstag, den 3. Mai 1924. 53. Jahrgang.

Tage- und Anzeigenblatt für Handel u. Gewerbe

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, die Landbriefträger, die Geschäftsstelle, Saarlouis Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 82 Postscheck Nr. 1.

Sitzung des Landesrates.

vom 2. Mai

Die heutige Sitzung des Landesrates wurde mit der Wahlen vierteljährigen Berichtes um 3.15 Uhr eröffnet. Von der Regierung waren Staatskommissar Dr. Dietz und Oberregierungsrat Dr. Kuhnberger anwesend. Nach der Verlesung ergreift der kommunistische Abgeordnete Reinhardt das Wort, um gegen die bei der gestrigen Zensurdiskussion vorgenommene Verhandlung zu protestieren, die begleitende diese Verhandlungen als eine Schande. Nachdem er eine Erklärung der gestrigen Vorgänge gegeben hatte, erfuchte er im Namen seiner Fraktion um Beschleunigung der Frage, was die Regierung zu tun gedenke, um die Zufriedenheit der Verhandlungen herbeizuführen und die Schuldigen Personen unmöglichkeit zur Verantwortung zu ziehen. Staatskommissar Dr. Dietz erklärte zu dieser Eingabung, daß das amtliche Ergebnis der Untersuchung abgewartet werden müsse. Es müsse aber jetzt schon gesagt werden, die Angaben des Abgeordneten Reinhardt seien zum Teil falsch entsprechen. Auch sei der Beweis erbracht, daß die 30%-Zuschläge für die Beamten nicht beantragt seien. Es von der Verhandlung Betroffenen hätten hier in allerersten Linie der kommunistischen Partei zu verdanken.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Sender erklärte, daß seine Partei bereit sei zu prüfen, ob Recht oder Unrecht geschehen sei, und könnte die Schuldigen an der gestrigen Vorgängen aus dem Landesrat entfernen. Es müsse aber zugleich notwendigen Fraktionen genau so wenig gestatten, wie die der Regierungsparteien. Der Landesrat sei nicht in der Lage, die Regierung zu zwingen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, es sei nicht möglich, sich über die gestrigen Vorgänge hinwegzusetzen. Die Ausfälle und Drohungen Reinhardts seien ein Verstoß gegen die Verfassung und Bindung mit der sozialdemokratischen Partei sei in keiner Weise gestört worden. Im übrigen empfahl er der Politik bei beratungen Reinhardt Ausführungen. Der kommunistische Abgeordnete erwarb das Wort erzielt, um die Debatte über die gestrigen Vorgänge fortzusetzen, wurde er vom Präsidenten unterbrochen, die Debatte sei geschlossen. Nach Verlesung unterbrochen, die Debatte hierüber doch solange zu unterbrechen, als ein Mann Gilt über die gestrigen Vorgänge vorliegen. Wenn er irgendwo hinzu das Wort haben wollte, sehe er sich gezwungen, das Haus zu verlassen. Es gewiß sei, ihn hierüber anzuhören. Der Abg. Reinhardt erklärte hierauf, daß er unter keinen Umständen gewillt sei, sich von dem Landesrat zu entfernen. Es gehe ihm gewiß nicht daran, daß die Verhandlungen in einer so heutigen Weise behandelt werden, wie dies bisher geschehen sei. Er verlangte nochmals, daß das Haus doch dem Abgeordneten Hoffmann der sozialdemokratischen Abgeordnete Hoffmann vertrat die Auffassung, daß die Verhandlungen, wie sie in der letzten Zeit im Landesrat hervorgetreten seien, endlich einmal aufhören müßten. Unter großer Erregung hierauf hierauf der kommunistische Abgeordnete Effert vom Vorsitzenden ohne und gab noch einmal unter großer Unruhe das Wort zu der Erklärung ab, daß es unbedingt nötig sei, die gestrigen Vorgänge zu verhandeln. Nicht die Verhältnisse, sondern die Worte seien das Schlimme. Es gehe um die Ehrenhaftigkeit. Der Sender bekannte nochmals, daß der Landesrat keine Möglichkeit habe, die Abgeordneten zu zwingen, die Verhandlungen fortzuführen, doch sei auch seine Partei bereit, die Regierung aufzufordern, die Aufklärung weiter Vorfälle zu fragen.

Ein Antrag des Abgeordneten Dannecker auf Schluß der Debatte über die Verhandlungen bei den gestrigen Zensurdiskussionen wurde mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten das Zentrum, die Sozialistische Arbeiterpartei und die Deutsche Volkspartei, die Demokratiker. Hierauf kam es zu einer sehr erregten Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden Präsidenten Schaum und dem kommunistischen Abgeordneten Effert, da der letztere immer wieder versuchte, in seinen Ausführungen fortzufahren. Der Präsident sah sich schließlich genötigt, der Effert zu 3 Minuten zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab der Abg. Effert die Erklärung ab, daß daß die kommunistische Partei gezwungen habe, die weitere Teilnahme an der Sitzung abzubrechen. Nachdem die Kommunisten den Sitzungssaal verlassen hatten, bat der Haus dann in die Weiterberatung des Entwurfes der Regierung betreffend Errichtung der Kommission über das Wahlmanagement. Nach Verlesung unter Anfrage der Zentrumspartei und der sozialdemokratischen Partei, in denen der Entwurf der Regierungskommission in der vorliegenden Fassung abgelehnt wird, wurde die Frage von 450 Mitgliedern Präsidenten als geschlossen erklärt.

Belgisch-englische Zusammenkunft.

Die belgischen Minister in London.

wtb. Antwerpen, 2. Mai. Die hiesigen politischen Kreise scheinen heute durch die Ministerien auf eine Regelung und Annahme der Sachverständigenberichte durch alle interessierten Mächte bei Ende der Londonerkonferenz zuversichtlich zu berichten. Die große Bedeutung des heutigen Besuches der belgischen Minister wird anerkannt. Es wird hervorgehoben, daß die Unterschiede zwischen den beiden Regierungen über den Dawesbericht und die bereits vorliegende Notwendigkeit der Abänderung der einheit Deutschlands mitinnerhalb übereinstimmen. Es scheint sicher zu verschwinden, daß sich auch die französische Regierung, wenn sie auch auf der Forderung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes bestehen bleiben, Deutschland gegenüber, daß die Zusammenkunft zwischen den belgischen Ministern und Mussolini mit der Mitte Mai stattfindet, sich dahin ausgelegt, daß entschlossene Verhandlungen mit der dem Ausgang der Mächte in Deutschland und Frankreich gewonnen werden können.

Die französische Presse zur belgisch-englischen Ministerzusammenkunft.

wtb. Paris, 2. Mai. Der Matin glaubt berichten zu können, daß der Ministerpräsident Herriot und der Außenminister Chamberlain und Mussolini, die Ministern Theunis und Jaspar und den beiden englischen Ministern Macdonald und Snowden beginnen wird, unzweifelhafte Gesichtspunkte wecken. Es, die einmal vorgelegt, die Gesichtspunkte der Verhandlungen zu Regierungen der Regierungen im Regierungsrat erhebt und verbreitet. Bei der Gelegenheit Gesichtspunkte Regierungen der Regierungen von vorgelegt worden. Es handelt sich um die Zusammenkunft der Sachverständigenkommissionen erforderlichen Gesetze zum Reichsbahngesetzentwurf und Gesetzentwurf. Über die Vorbereitungen der Regierungen erforderlichen einer Lösungen, die nicht leicht zu finden sei. Die 10000 französischen und belgischen Eisenbahner müssen überhaupt in der Lage sein, den Verkehr auf den Bahnen wieder aufzunehmen, und Deutschland muß dazu in stehen. Wenn französischen Standpunkte aus erscheint deren Gegenwart der Zulässigkeit der Industrie unentbehrlich sei der französischen Regierung in Ruhrgebiet nicht dem guten Willen der Deutschen überlassen könne.

Das Journal Politique, daß das belgische Presse, die sich für Poincaré ausgesprochen gelten, sei, wenn sie Poincaré sein Manöver entfaßte, und der Vermutung, einen Teil oder französischen Eisenbahnen im Besitz zu behalten, abhöre. Die Zeit Mussolinis, in dem die gesamte Welt sich auf den Frieden berufen, bleibe immer noch ein Mann, der entschlossen sei, diese Absicht zu durchführen. Herriot habe Mussolini Kaution am 22. April seine Wahr über den Besitzt Damen gehabten. Aber bisherzwar seien Belgien sich nicht Mussolinien anschließen zu wollen, die die Durchführung der Sachverständigenvorschlägen behindern wollten, und damit auch die Unterdrückung der internationalen Anleihe. Selbst die sozialistische Presse widerspricht Herr. Der Carrieres d'Union Berlin, wenn Frankreich den Plan Dawes sabotieren wolle, dann würden Belgien, Italien und Großbritannien sich dem widersetzen. Übersetzung wie er sich um den Sachverständigenbericht kümmere, kümmere er sich um den Vertrag von Versailles.

Der 1. Mai im Reiche.

wtb. Berlin, 2. Mai. Die Vereinsleitungen entfielen der 1. Mai verlesen im ganzen Reich im allgemeinen ruhig. Die Beteiligung war im allgemeinen in Bayern. Die Polizeibericht wurde in den meisten Bahnen wird gearbeitet.

Meister in Frankreich.

wtb. Paris, 2. Mai. Die gestrige Meisterei ist in Frankreich ohne ernstliche Zwischenfälle ruhig verlaufen. Nach den Berichten der Polizeipräfekten wurden Kundgebungen für den Programm der sozialistischen Gewerkschaften stattgefunden. In den meisten Industriezentren fanden Umzüge statt. Es kamen zu keinen Zusammenstößen. Nur in Paris haben die Kommunisten die Meisterei gestreut von den Sozialisten abgehalten. Die Kommunisten versuchten in Paris 16 Volksversammlungen, die Paris schließt waren.

Vor den Wahlen in Deutschland.

Im deutschen Vaterland soll morgen die Entscheidung berichten fallen, wer in den nächsten Jahren Deutschland regieren soll. Nach Verlesung Wahlen wird die Wahlen Reichstag die bestimmende Stellung einnehmen. Zahlreiche Interessengruppen machtbieten neben den politischen Parteien her und ringen um Einfluß auf Verwirrung und Zerstäubung der deutschen Wähler bei. Wie fühlen jetzt neben dem Zentrum, den Sozialdemokraten, also, die Mittelparteien, die Arbeiterpartei, die Demokratiker, die Mittelstandspartei, Eine nützliche Ausnahme macht das deutsche Handwerk, das unabhängig sich gegen eine Sonderliste aussprechen und die Wahl der politischen Gewerbe empfohlen hat.

Auf allen Fronten wurde eifrig für den Wahltag gerüstet. Es und auch die übrigen, unterschiedlichen politischen Angaben auf politische Kundgebungen und die politisch bekannten politischen Ausführungen, denen anderen aber auch Wahlversammlungen vorzubereiten, die nicht nur heute und morgen, sondern auch in den Tagen vor dem Wahlsonntag der landständigen Wahlversammlungen stattfinden. Wichtig, daß der morgige Wahltag für unser Vaterland zum Segen werde.

Die Reichstagswahlvorschläge.

wtb. Berlin, 2. Mai. Zur Reichstagswahl liegen vor 496 Kreiswahlvorschläge gegen 296 im Jahre 1920 und 23 Reichswahlvorschläge gegen 15 im Jahre 1920. Zu den Reichswahlvorschlägen sind 6174 und in den Kreiswahlvorschlägen 426 Kandidaten aufgestellt. Die meisten Kandidaten, nämlich 58, bringt der Vorschlag 4 der DA. Nur Nr. 1 der Wahlliste 22 in Ostfriesland DN und die meisten, nämlich 1, der Wahlvorschlag des Zentrums im Wahlkreis 13 in Westfalen. Unter den 23 Reichswahlvorschlägen sind 8 Reichswahlvorschläge 10 Kreiswahlen 40 Namen.

Holland — Rußland.

wtb. Haag, 2. Mai. In Erwiderung auf eine Anfrage über die diplomatischen-russischen Verhandlungen antwortete Minister Troelstra: Es ist bekannt daß die Kaiserin, der Standpunkt der Regierung in dieser Frage ist unverändert. Die Verhandlungen in Berlin nahmen auf der Grundlage des Entwurfes der Regierung, die Regierungsrechte Holland und Rußland wieder aufgenommen werden sollen, vorangeschritt, daß eine beschleunigte Regelung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen erzielt wird. Holland und Rußland wieder aufgenommen werden sollen, vorangeschritt, daß eine beschleunigte Regelung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen erzielt wird.

wtb. Berlin, 2. Mai. Die Minister Rutenberg-Lassen Commit nehmen von Berlin, die in den nächsten Wochen einen Verhandlungen einzelnen Punkte in Berlin praktisch fortsetzen, und die nächstmögliche Fortsetzung der Regierung von der Aufstellung der Russen bezüglich der Verhandlungen verhältnisse und auf Entfaltungen wurde. Die Russen haben ihre Regierung ebenfalls von dem Verlauf der diplomatischen Delegation entwickelten Gesichtspunkten unterrichtet und bereits von Moskau Antwort erhalten. Sie sind bereit, die Besprechungen fortzusetzen.

Lodzedorff.

wtb. Berlin, 2. Mai. Mitteilungen aus München anfolge hat General Ludendorff zugesagt erklärt: Die Reichsrichtung hält in den Falle meiner Wahl in den Reichstag den Reichstag nach erfolgter Wahl jedenfalls wieder, ist unrichtig. Ist

Gewaltenkrieg!

wtb. Mannheim, 2. Mai. Die von der Zeit den politischen Wahlbeobachter und der Separatistenbewegung nach der großer Zahl der pfälzischen Gefangenen beschäftigen Gefangenen kommen nach den deutschen Gesetze am 4. Mai die Wahlrecht ausüben. Die Belastungsmöglichkeit vermeidet bisher Gefangenen